

Bürgerschaftswahlen: 11 Forderungen der Landes-ASTen (LA) Bremen an die Politik

1. Die LA fordern, dass der Staat kostenfreie Bildung garantiert. Studiengebühren, teure Sprachkurse und weitere (versteckte) Kosten sind nicht akzeptabel.
2. Die LA erwarten die Bereitstellung von mehr Mitteln für die ohnehin unterfinanzierten Hochschulen, besonders im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht. Dadurch soll auch der zunehmenden Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln entgegengewirkt werden.
3. Die LA rufen die Parteien auf, sich auf nationaler Ebene für eine Ausweitung des BAföG im Hinblick auf ausländische Studierende stark zu machen, die das ganze Studium in Bremen absolvieren. Finanzielle Hürden und Beschränkungen auf Basis von Nationalität sind im Kontext zunehmender studentischer Mobilität nicht mehr zeitgemäß und müssen sofort abgebaut werden.
4. Die LA fordern die gesetzlich verankerte Anstellung von Gleichstellungsbeauftragten auf allen Hochschulebenen. Frauenbeauftragte reichen nicht länger aus um die gesellschaftliche Repräsentativität der Hochschullandschaft – im Sinne von Nationalität, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Behinderung und mehr – zu gewährleisten.
5. Die LA fordern die sofortige Aufnahme der Zivilklausel ins Landesgesetz, damit sicher gestellt wird, dass Forschung und Lehre aller staatlichen Hochschulen nur Zivilzwecken dienen.
6. Die LA erwarten, dass Kooperationen mit Drittmittelgebern dahingehend überprüft werden sollen, dass freie, unabhängige und nachhaltige Bildung weiterhin gewährleistet ist.
7. Die LA rufen die Parteien dazu auf, dringend gemeinsam und paritätisch mit den Statusgruppen der Hochschulen einen ethischen Katalog in Bezug auf Drittmittelgeldgeber zu erstellen. Dieser soll verbindlich klären, welche finanziellen Unterstützungen nach welchen Kriterien vertretbar sind. Die Statusgruppen sollen im gesamten Entscheidungsprozess ein verbindliches Mitspracherecht haben.
8. Die LA erwarten mehr Geld für die Studentenwerke, damit beispielsweise die Beratungsstellen entlastet werden, mehr Wohnheime und qualitativ angemessenes Mensa-Essen angeboten werden können und das Studentenwerk den im BremHG formulierten Auftrag erfüllen kann.
9. Die LA wollen einen MA-Rechtsanspruch für alle BA-AbsolventInnen.
10. Die LA erwarten finanzielle Unterstützung für familienfreundliche Maßnahmen, wie die Erweiterung des KiTa-Angebots oder die Ermöglichung eines Teilzeitstudiums an allen Hochschulen.
11. Die LA bestehen auf ein allgemeinpolitisches Mandat der Studierendenschaften in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.